## Beschluss

Kein Fußbreit dem Faschismus - Rechte Netzwerke konsequent zerschlagen, Betroffene endlich schützen!

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 07.10.2025

Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

# Antragstext

- 1 Im Mai 2025 kam es bundesweit zu Razzien gegen mehrere Jugendliche zwischen 14
- und 18 Jahren auch in Thüringen, etwa im Altenburger Land und im Ilmkreis. Den
- Beschuldigten wird vorgeworfen, Teil des rechtsterroristischen Netzwerks "Die
- 4 letzte Verteidigungswelle" zu sein und sich zu Brandanschlägen auf
- 5 Geflüchtetenunterkünfte und linken Einrichtungen verabredet zu haben. Sie
- 6 versuchten gar nicht, ihr Ziel zu verschleiern: das demokratische System der
- 7 Bundesrepublik zu stürzen. Mittlerweile fühlen sich Rechte so sicher, dass sie
- 8 glauben, die eigene Agenda nicht mehr verheimlichen zu müssen.
- 9 Doch bei bloßen Ankündigungen blieb es nicht: Am 05. Januar 2025 wurde in
- Schmölln ein Anschlag auf die lokale Geflüchtetenunterkunft verübt. Steine
- 11 wurden durchs Fenster geschmissen, Wände mit rassistischen Parolen beschmiert
- und Pyrotechnik gezündet, um das Gebäude in Brand zu stecken. Der Tod der
- 13 Bewohner:innen wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern von Beginn an
- einkalkuliert. Dass bei dem Übergriff lediglich eine Person verletzt wurde, ist
- ausschließlich dem Zufall geschuldet. Es war nicht die erste Tat die beiden
- <sup>16</sup> Beschuldigten sollen seit Jahren für Übergriffe verantwortlich sein. Das ist
- kein "Ausrutscher", und vor allem keine "Jugendsünde", sondern beispielhaft für
- ein bundes- und landesweites Muster: Ob in Schmölln, im Ilmkreis, in Suhl oder
- 19 Erfurt. Die Rechtsextremen trauen sich mehr denn je aus ihren Löchern, ihre
- 20 Ideologie gewinnt an Zulauf, rechtsextreme Übergriffe häufen sich und die
- Täter:innen werden immer jünger und vor allem gewaltbereiter.
- 22 Spätestens seit den rechtsextremen Belagerungen von CSD-Veranstaltungen im
- letzten Sommer ist klar: Die Szene befindet sich in einem krassen Aufschwung.
- Die abscheulichen Szenen des wütenden Mobs am Leipziger Hauptbahnhof haben sich
- in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Ob "Deutsche Jugend Voran", lokale
- 26 Ableger der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der Partei "Die
- <sup>27</sup> Heimat", ehemals "NPD", wie etwa die "Gersche Jugend" oder die "Elblandrevolte"
- oder parteiungebundene Gruppierungen die Szene ist stramm organisiert. Dabei
- 29 sprechen die Rechtsextremen gezielt Jugendliche mit ihrer Propaganda an. Laut
- 30 Verfassungsschutzbericht 2024 haben 25 % der Jugendlichen in Thüringen rechte
- oder rechtsextreme Einstellungen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Szene sucht
- seit Jahren planvoll die Nähe zu Jugendlichen online, im Sportverein, im
- 33 Jugendclub. Der einst totgesagte Sumpf der extremen Rechten umfasst in Thüringen
- heute rund 3.300 Personen und er wächst weiter.
- 35 Rechte Gewalt macht 54 % aller politisch motivierten Gewalttaten in Thüringen
- <sub>36</sub> aus. Im Schnitt gibt es vier rechtsmotivierte Angriffe pro Woche. Das sind

- doppelt ja doppelt so viele wie im Vorjahr und ein Trend, dem wir uns
- unentwegt entgegenstellen werden. Es darf nicht wieder zum Normalzustand werden,
- 39 dass rechtsextreme Schlägertrupps durch unsere Straßen ziehen! Die
- 40 Baseballschlägerjahre sind vorbei und es liegt an uns, dass das auch so bleibt.
- Doch der Rechtsextremismus war nie weg, genauso wenig wie rassistische,
- homophobe, queerfeindliche und antisemitische Gewalt. Im Gegensatz zu heute
- haben Gesellschaft und Medienöffentlichkeit in der Vergangenheit lediglich
- 44 weggeschaut.
- Es genügt eine andere Hautfarbe, ein politisches Statement auf der Kleidung oder
- ein religiöses Symbol zu tragen, um ins Visier rechtsextremer Gewaltäter:innen
- zu geraten. Menschen werden beleidigt, eingeschüchtert und angegriffen. BIPoC,
- 48 queere und linke Menschen fühlen sich in Thüringen schon lange nicht mehr
- sicher. Die Gewalt ist enthemmt, findet am helllichten Tage auf offener Straße
- 50 statt und das Thüringer Innenministerium schaut zu. Zivilgesellschaftliche
- Organisationen warnen seit Jahren vor der wachsenden rechten Bedrohung, der
- 52 Vernetzung der Szene und ihrer immer besseren Finanzierung.
- Die strukturierte Aufbauarbeit der rechten Szene in den vergangenen Jahren trägt
- 54 Früchte, die Szene wächst stetig weiter und erlangt vermehrt öffentliche
- 55 Aufmerksamkeit. Die Behörden stehen dem unvorbereitet gegenüber. Jahrelang haben
- 56 es das Innenministerium in Thüringen, das Bundesinnenministerium und auch die
- 57 Bundesregierungen verschlafen, das Problem anzugehen. Viel schlimmer noch, sie
- haben das Problem totgeschwiegen. Das ist nicht nur eine sicherheitspolitische
- 59 Bankrotterklärung, sondern auch ein Offenbarungseid des eigenen politischen
- 60 Versagens.

73

- 61 Neben der tagtäglichen Bedrohungslage für Leib und Leben stellt die
- 62 rechtsextreme Gewalt noch eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr dar,
- 63 nämlich für unser aller politisches Engagement und damit schlussendlich auch
- 64 für unsere Demokratie. Wenn Menschen sich zweimal überlegen, ob sie den linken
- <sub>65</sub> Jutebeutel tragen, den Button am Rucksack oder den Sticker am Laptop zeigen,
- 66 oder "linke" Erkennungszeichen im Bus oder der Straßenbahn lieber verdecken, ist
- das keine "private Sicherheitsmaßnahme". Es ist der Beweis, dass der Staat
- seinen verfassungsrechtlich garantierten Schutzpflichten nicht nachkommt! Es
- 69 darf nicht weiter geschwiegen, verharmlost und weggeschaut werden. Es wird
- 70 allerhöchste Zeit, dass der Staat seinen Aufgaben endlich konsequent nachkommt:
- die rechte Gefahr erkennt, benennt und handelt!
- Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge daher beschließen:

#### 1. Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung dauerhaft absichern

- 74 Zivilgesellschaftliche Träger sind Schlüsselakteure im Kampf gegen Rechts. MoBiT
- und viele vor allem auch lokale Initiativen sorgen für Prävention, Beratung und
- 76 Schutz demokratischer Räume, werden aber oft nur projektfinanziert. Es ist ein
- Skandal, dass die Initiativen, die seit Jahren vor den Gefahren von rechts
- <sub>78</sub> warnen und Betroffene schützen, jedes Jahr aufs neue um ihre Existenz bangen und
- <sub>79</sub> für ihre weitere Förderung kämpfen müssen. Wir fordern die Landesregierung
- 80 deswegen dazu auf, die sofortige und dauerhafte Absicherung der Förderprogramme
- 81 für Initiativen gegen Rechtsextremismus und die Neue Rechte zu gewährleisten und
- 82 dies verbindlich in den kommenden Haushalten zu verankern. Wir fordern außerdem
- die Bundesregierung dazu auf, endlich ein Demokratieförderungsgesetz vorzulegen,

das die stabile Finanzierung demokratischer Bildungs- und Präventionsarbeit sicherstellt. Demokratie kostet, aber das sollte sie uns wert sein!

86

87

99

108

120

126

# 2. Mobile Beratung und niedrigschwellige Hilfsangebote ausbauen und finanzieren

Insbesondere im ländlichen Raum breiten sich die Rechtsextremen aus und haben 88 teilweise schon die Oberhand in einzelnen Ortschaften und Nachbarschaften 89 gewonnen. Dort fühlen sie sich sicher, unbeobachtet und können den herrschenden 90 Frust über bestehende Missstände für ihre Propaganda und Mobilisierung nutzen. 91 In diesen Orten sind insbesondere die mobilen Beratungsstellen die erste Anlaufstellen für Betroffene, für konkrete Hilfe. Beratungsstellen können außerdem dabei helfen, die rechte Durchdringung von Jugendkulturen zu erkennen 94 und pädagogisch zu intervenieren. Wir fordern eine flächendeckende und 95 langfristige Finanzierung durch eine feste Landesförderung, damit nicht nur die 96 Städtekette, sondern auch die ländlichen Regionen die mobilen Beratungen rund um 97 die Uhr an jedem Ort in Thüringen in Anspruch nehmen können.

### 3. Systematische Demokratieförderung in Schule und Jugendarbeit

Gute Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit schützen vor 100 Rechtsradikalisierung. Wir fordern die Landesregierung - insbesondere das 101 Bildungsministerium - dazu auf, verbindliche Demokratieförderung und 102 Antidiskriminierungsarbeit im Lehrplan zu verankern, entsprechende Lehrkonzepte, 103 Fortbildungen und Materialien für Lehrkräfte bereitzustellen sowie die 104 Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern der Demokratieförderung im 105 umfassenden Umfang zu finanzieren. Dabei ist wichtig, dass Demokratie auch 106 erlebbar ist und nicht nur theoretisch vermittelt wird. 107

#### 4. Gegenstrategien gegen Radikalisierung im digitalen Raum entwickeln

Digitale Räume sind Rekrutierungsorte. Die Neue Rechte nutzt sehr gezielt virale 109 Formate und Plattform-Algorithmen. Wir fordern landesweite Programmen zur 110 digitalen Medienbildung in Schulen und Jugendeinrichtungen - inklusive 111 spezialisierter Angebote zur Erkennung und zum Debunking neurechter Narrative 112 und Verschwörungsmythen. Einem pauschalen Social-Media-Verbot für unter 16-113 Jährige erteilen wir eine klare Absage. Statt Verboten braucht es Aufklärung und 114 Bildung - auch in der Erwachsenenbildung, weil Desinformation alle Altersgruppen 115 trifft. Außerdem dürfen die Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung gelassen werden: rechte Hetze, HateSpeech und Desinformation müssen konsequent 117 gelöscht werden, Profile von Akteuren der rechtsextremen Szene dürfen keine 118 Accounts auf den entsprechenden Plattformen haben. 119

#### 5. Monitoring ausbauen und länderspezifische Lagebilder erstellen

Wer wegschaut, kann das Problem nicht erkennen. Um endlich ein klares Bild der
Szene, ihrer Ansätze und Akteure zu gewinnen und entsprechend handeln zu können,
fordern wir die Förderung unabhängiger Forschung zu Strategien der Neuen
Rechten. Die anhaltende Ignoranz schützt die Szene, wir müssen endlich wissen,
was passiert.

#### 6. Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

Wenn Nazis keine Strafe zu befürchten haben, gibt es keinen Grund für sie zu stoppen. Es braucht endlich konsequente Strafverfolgung. Deswegen fordern wir mehr Personal bei Polizei und Justiz, um die zügigen Verfolgung von Hasskriminalität und rechten Delikten sicherstellen zu können sowie verpflichtende Fortbildungen für Richter:innen, Staatsanwält:innen und Polizei zu rechter Ideologie, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, digitaler Hetze und deren Erkennungszeichen. Wir fordern Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen Hasskriminalität und rechte Netzwerke, fokussiert auf rechtsmotivierte Delikte.

#### 7. Opferschutz und Opferberatung stärken; Opferschutzbeauftragte:n einführen

Beratungsstellen für Betroffene werden kaputt gespart, die psychosoziale Beratung schrittweise von einem sowieso nur geringen Niveau weiter zurückgeschraubt. Dabei sind Einrichtung wie elly, die Beratungsstelle gegen 138 Hatespeech, essenziell, um Betroffene rechter, rassistischer oder 139 antisemitischer Gewalt emotional, psychosozial, praktisch zu begleiten. Wir 140 fordern deswegen den Ausbau staatlich finanzierter Opferberatungsstellen und 141 deren umfassende Finanzierung. Betroffene rechte Gewalt dürfen nicht alleine gelassen werden. Wir schließen uns der Forderung von ezra nach Einführung eines 143 Opferschutzbeauftragten in Thüringen (angesiedelt an der Staatskanzlei) an. Die 144 SPD-Bundestagsfraktion soll sich für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf 145 psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer rechter Gewalt einsetzen. Es darf 146 nicht mehr bei leeren Worten des Mitleids bleiben, es müssen endlich Taten folgen. 148

#### 8. Rechtsstaatliche Resilienz erhöhen

135

149

163

Rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden sind reale Gefahr. Nicht nur 150 einmal wurden sie aufgedeckt. Aber statt nachhaltiger Konsequenzen oder 151 Veränderungen im System, um solche zukünftig zu verhindern, wurden die Skandale 152 totgeschwiegen, ausgesessen und nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit weitergemacht wie bisher. Damit muss endlich Schluss sein. Eine Demokratie kann 154 keine Faschist:innen in Uniform dulden. Denn damit beschleunigt sie ihren 155 Verfall. Wir fordern deswegen die unabhängige Beobachtung von Polizei und 156 Sicherheitsbehörden hinsichtlich rechter Netzwerke und rassistischer Vorfälle 157 und bekräftigen unsere Forderung nach einer unabhängigen Behörde, die Missstände 158 in der Polizei verfolgt und aufklärt. Es braucht Transparenzpflichten für Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung von rechten Strukturen, um die schnelle 160 und konsequente Entfernung Betroffener aus dem Dienst sowie zügige, unabhängige 161 Ermittlungen sicherzustellen. 162

#### 9. Keine Feuerkraft für Faschos

Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass Rechtsextreme im Besitz von 164 Waffenscheinen und Waffen sind. Ihnen muss konsequent die Berechtigung zur 165 Nutzung und des Besitzes von Waffen entzogen werden. Das Landesinnenministerium 166 fordern wir deswegen dazu auf, bei seiner harten Linie zu bleiben und die 167 Verwaltungen dazu anzuweisen, diese Linie konseguent umzusetzen. Außerdem 168 fordern wir das Bundesinnenministerium dazu auf, schnellstmöglich eine 169 bundesweite Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, Rechtsextreme konsequent zu 170 entwaffnen. Es darf nicht länger mit der Beschlagnahmung aller Waffen im rechtsextremen Milieu gewartet werden. Das nächste Opfer ist sonst nur eine 172 Frage der Zeit. 173

# Begründung

erfolgt mündlich.